

Beilage zum amtlichen Teil
des Amtsblattes der Gemeinde Hüttlingen
57. Jahrgang/Nummer 46 vom 16.11.2019

Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Hüttlingen am 07.11.2019 folgende Satzung beschlossen:

- § 1 Gebührenpflicht
- § 2 Gebührenfreiheit
- § 3 Gebührenschuldner
- § 4 Gebührenhöhe
- § 5 Entstehung der Gebühr
- § 6 Fälligkeit, Zahlung
- § 7 Auslagen
- § 8 Schlussvorschriften

§ 1 Gebührenpflicht

Die Gemeinde Hüttlingen erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

§ 2 Gebührenfreiheit

- (1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:
- a) Gnadensachen,
 - b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
 - c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,

- d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
 - e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,
 - f) die behördliche Informationsgewinnung,
 - g) Verfahren, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.
- (2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit:
- a) das Land Baden-Württemberg
 - b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
 - c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

- (3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

§ 3 Gebührenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet,
- 1. dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,
 - 2. der die Gebühren- und Auslagenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
 - 3. der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Gebührenhöhe

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 14,00 Euro je angefangene Viertelstunde zu erheben.
- (2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- (4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr mindestens 14,00 Euro je angefangene Viertelstunde erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.
- (5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 14,00 Euro je angefangene Viertelstunde. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

§ 5 Entstehung der Gebühr

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

- (2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Absatz 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Absatz 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

§ 6 Fälligkeit, Zahlung

- (1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- (2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Gemeinde kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 7 Auslagen

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.
- (2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere
- a) Gebühren für Telekommunikation
 - b) Reisekosten
 - c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen
 - d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung
 - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen
 - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.

- (3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

§ 8 Schlussvorschriften

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.
- (2) Zu gleicher Zeit tritt die Verwaltungsgebührenordnung der Gemeinde Hüttlingen vom 22.10.2015 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO

Ausfertigungsvermerk

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Hüttlingen, den 07.11.2019
Günter Ensle
Bürgermeister

Gebührenverzeichnis

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr EUR
1.	Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	14,00 € je angef. ¼ Stunde
2.	Anträge	
2.1	Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist:	14,00 € je angef. ¼ Stunde
2.2	Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung) Bei Unzuständigkeit gebührenfrei.	1/10 bis zum vollen Betrag der Gebühr, mind. 14,00 €
2.3	Zurücknahme eines Antrags	1/10 bis zur Hälfte der vollen Gebühr, mind. 14,00 €
3.	Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche Mündliche Auskünfte sind gebührenfrei.	14,00 € je angef. ¼ Stunde
4.	Befreiung (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen	12,00 € je angef. ¼ Stunde
5.	Beglaubigung, Bestätigungen	
5.1	Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt,	3,00 €

so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobene Gebühr zum Ansatz.

- 5.2 Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien, usw. aus amtl. Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite 3,00 €
- 5.3 Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtl. Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite 2,50 €
- 5.4 Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 9) hinzu.
- 6. Bescheinigungen**
- 6.1 Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist) 10,00 € je angef. ¼ Std.
- 6.2 Gebührenfrei sind Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen und Körperschaftssteuerrechts (z. B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen).
- 7. Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dergleichen aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist** 25,00 €
- 8. Rechtsbehelfe**
(Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerden, usw.)
- 8.1 wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat 16,00 € je angef. ¼ Stunde

- 8.2 bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen 1/10 - 1/2 der Gebühr nach 8.1, mind. 16,00 €

9. Schreibgebühren

- 9.1 Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtl. Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet)
- 9.1.1 für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind 5,00 €
- 9.1.2 für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind 10,00 €
- 9.1.3 für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird 10,00 € je angef. ¼ Stunde
- 9.2 Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben
- 9.2.1 bei einem Format bis zu DIN A4
- für die erste Seite 1,00 €
- für jede weitere Seite 0,50 €
- 9.2.2 bei einem größeren Format
- für die erste Seite 1,50 €
- für jede weitere Seite 1,00 €

10. Baugesetzbuch

- Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 BauGB (Nichtausübung oder Nichtbestehen des Vorkaufsrechts) 0,2 v. Tausend des Kaufpreises, bei fehlendem Kaufpreis 0,2 v.

Tausend
des Verkehrswertes,
mind. 20,00 €

11. Bauordnungsrecht

- 11.1 Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnissgabeverfahren (§ 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO) 0,5 vom Tausend der Baukosten bzw. Abbruchkosten mind. 25,00 €
- 11.2 Mitteilung nach § 53 Abs. 6 LBO wie 11.1
- 11.3 Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnissgabeverfahren (§ 55 LBO) 10,00 € je zu benachrichtigendem Angrenzer, mind. 30,00 €

12. Bestattungsrecht

- 12.1 Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz) 15,00 €
- 12.2 Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung) 15,00 €

13. Feiertagsrecht

- 13.1 Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz) 25,00 €
- 13.2 Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)
- 13.2.1 pro Tag, an dem Tanzveranstaltung von 03.00 bis 24.00 Uhr verboten sind 40,00 €
- 13.2.2 pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind 80,00 €

14. Fischereischein

- 14.1 Erteilung von Fischereischeinen Einschließlich Ersatzfischereischeinen (§ 31, 32 FischG)
- 14.1.1 Jahresfischereischein 20,00 € bei Ausstellung
10,00 € bei

	Verlängerung
14.1.2 Fischereischein auf Lebenszeit	20,00 € bei Ausstellung 10,00 € bei Verlängerung
14.1.3 Jugendfischereischein	10,00 € bei Ausstellung 5,00 € bei Verlängerung
14.2 Einziehung der Fischereiabgabe (§§ 35, 36 FischG) bei Fischereischeinen auf Lebenszeit Die erstmalige Einziehung ist gebührenfrei	8,00 €
15. Fundsachen	
Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder	
15.1 bei Sachen bis zu 500,00 € Wert	2 % des Werts, mind. jedoch 2,50 €
15.2 bei Sachen über 500,00 € Wert	2% v. 500,00 € und 1 % des Mehrwerts
16. Gewerbesachen	
16.1 Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)	10,00 €
16.2 Erteilung von Auskünften aus der Gewerbekartei	10,00 €
16.3 Gewerbemeldungen	
16.3.1 bei einer GmbH	10,00 € je Gesellschafter
16.3.2 bei einer GbR	10,00 € je Gesellschafter
16.4 Spiele	
16.4.1 Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33c Abs. 1 GewO)	1.200,00 €
16.4.2 Bestätigung gemäß § 33c Abs. 3 GewO	85,00 €
16.4.3 Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33d Abs. 1 GewO)	1.200,00 €
17. Geschäftsstelle des Gutachterausschusses	

17.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	20,00 €
17.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	20,00 €
18.	Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren pro Person	25,00 €
19.	Immissionsschutzrecht Erteilung von Ausnahmen nach § 7 Abs. 2 der 32. BImSchVO	15,00 € je angef. ¼ Stunde
20.	Ladenöffnungsgesetz Ausnahmeerteilung vom Verbot des gewerblichen Feilhaltens von Waren außer- halb von Verkaufsstellen (§ 9 Abs. 4 LadÖG)	12,00 € je angef. ¼ Stunde
21.	Melderecht	
21.1	Auskünfte aus dem Melderegister	
21.1.1	Einfache Auskunft (§ 44 BMG)	7,50 €
21.1.2	Erweiterte Auskunft (§ 45 BMG)	15,00 €
21.1.3	Gruppenauskunft (§§ 46, 50 Abs. 1, 2 und 3 BMG)	2,50 € jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt, mind. 15,00 €
21.1.4	Gruppenauskunft nach Nr. 21.1.3, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird	2,50 € jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt, mind. 15,00 €
21.2	Ausstellung einer Wählbarkeitsbescheinigung (§ 10 Abs. 4 Satz 1 KomWG)	20,00 €
21.3	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung (werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte.)	5,00 €

21.4 Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde 10,00 € je angef. ¼
Stunde

21.5 **Gebührenfrei** sind insbesondere:

21.5.1 die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige
sowie die Meldebestätigung (§ 24 Abs. 2 BMG)

21.5.2 die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG)

21.5.3 die Berichtigung, Ergänzung,
Sperrung und Löschung von Daten
des Melderegisters
(§§ 12, 6 Abs. 1 S. 1 BMG)

21.5.4 die Unterrichtung des Betroffenen
über die zu seiner Person erteilten
erweiterten Melderegisterauskünfte
(§ 45 Abs. 2 BMG)

21.5.5 die Einrichtung von Übermittlungs-
sperrungen nach § 36 Abs. 2, § 42 Abs. 3 S. 2 und
§ 50 Abs. 5 BMG sowie von Auskunftssperren nach
§ 51 BMG und bedingten Sperrvermerken nach § 52 BMG

21.5.6 die Abgabe von Erklärungen nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG

21.5.7 Datenübermittlungen und Auskünfte zwischen
den Meldebehörden nach § 33 BMG

21.5.8 Datenübermittlungen und Auskünfte an andere öffentliche
Stellen im Inland nach § 34 BMG

21.5.9 die Auskunft an den Wohnungsgeber nach § 50 Abs. 4 BMG

22. **Straßenrechtliche Sondernutzung**

Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer
Straße über den Gemeingebrauch hinaus

14,00 € je angef. ¼
Stunde

23. **Gaststättenrecht**

Gestattung nach § 12 des Gaststättengesetzes,
ggf. mit Zulassung von Ausnahmen von den
Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe

nach § 18 Absatz 1 GastG

15,00 €

Beschlussdatum Gemeinderat: 07.11.2019

Öffentliche Bekanntmachung: 16.11.2019

Inkrafttreten: 01.01.2020